

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2002

12. Jahrgang (5. der N.F.)

Seiten 72-76

[zur Startseite](#)

Thomas Wegener Friis: *Den nye nabo. DDRs forhold til Danmark 1949-1960*. Kopenhagen: SFAH 2001, 160 S. (= SFAH's skriftserie 43).

Mit dem Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland beschäftigten und beschäftigen sich inzwischen einige Forscher: an einigen deutschen skandinavistischen Instituten werden bestimmte Aspekte der historischen Beziehungen, der gemeinsamen Geschichte und der Konflikte beider Staaten ausführlich untersucht, auch an dänischen Forschungseinrichtungen findet das Thema gelegentlich Beachtung. Dass dabei der dänische Part auch in der längeren historischen Perspektive viel zu oft und zu einseitig als einheitlich agierendes Ganzes begriffen wurde, möglichst noch in den heute geltenden Grenzen, ist inzwischen zu einem weitgehend wahrgenommenen Faktum geworden; die Herzogtümer Schleswig und Holstein bilden hierbei den Dreh- und Angelpunkt von Argumentationen, die für ein differenzierteres Bild von Staaten plädieren, um nach der Errichtung der Nationalstaaten nicht die regionalen Eigentümlichkeiten und Bedürfnisse aus dem Blick zu verlieren. Vermutlich naturgemäß konzentrieren sich derartige Projekte auf Regionen, die sich zwischen Deutschland und Dänemark befinden, die ihre Grenze bilden und über deren Territorium diese Grenze mehrfach verschoben wurde, was als Resultat von Geschichte und Anlass neuer Unstimmigkeiten, Kränkungen und Konflikte eine Untersuchung der betreffenden Gebiete logisch werden lässt.

Weit weniger naheliegend, jedoch nicht minder wesentlich für das Verhältnis von Deutschland und Dänemark sind die Verbindungen zwischen Staaten, die heute wieder zu einem der beiden Länder gehören, die nie eine gemeinsame Landesgrenze aufwiesen, die aber – und das in einer Zeit, die noch nicht aus dem Gedächtnis der Bevölkerungen verschwunden ist – ganz wesentlich das Bild vom jeweiligen Nachbarn formten; Beziehungen, deren längerfristige Resultate heute als selbstverständlicher, aber kaum noch als eigenständig wahrgenommener Teil der Bilder vom Anderen fungieren. Beschränken sich die persönlichen Erinnerungen von Dänen und ehemaligen DDR-Bürgern oftmals auf inzwischen anekdotische Begegnungen miteinander, so waren die Beziehungen zwischen ihren beiden Staaten nicht zuletzt in den ersten Jahren der Existenz der DDR weit weniger zufällig oder entspannt; beide Staaten hatten dem jeweils anderen gegenüber ihre – oftmals nicht deutlich ausgesprochenen – Wünsche und ihre – ebenfalls nicht immer offiziell geäußerten – Befürchtungen und Vorbehalte.

Mit der staatlich betriebenen Politik der DDR gegenüber Dänemark, das nicht selten als Möglichkeit zu nutzen gesucht wurde, sich Skandinavien zu erschließen und damit Zugang zur internationalen Staatengemeinschaft zu erhalten, beschäftigt sich die Studie von Thomas Wegener Friis, die im letzten Jahr bei der *Selskab for Arbejderhistorie* erschien. Das Buch behandelt die ersten zwölf Jahre der DDR-Geschichte, eine Zeit, die durchaus nicht als einheitlich oder als logische Entwicklung verstanden werden sollte. Auch nach der Gründung des ostdeutschen Staates hatte Moskau weitreichenden Einfluss auf denselben, was besonders im Mangel

an einer eigenständigen Außenpolitik deutlich wurde – ein Grund dafür war Stalins Wunsch nach einem schwachen, aber wiedervereinten Deutschland. Erst der Kalte Krieg und die immer deutliche Positionierung der beiden deutschen Staaten in den Machtblöcken führten zu einem Wandel in der Haltung der Sowjetunion, einer Anerkennung der DDR durch die Staaten des Ostblocks und einem zumindest gleichberechtigten Status des Landes im Warschauer Pakt, in dem die DDR, obwohl sie Gründungsmitglied war, lange Zeit kein Mitspracherecht besaß. Als mindestens ebenso hinderlich und herabwürdigend wurde die Nicht-Anerkennung der DDR als Staat durch die internationale Staatengemeinschaft empfunden; ein Zustand, der sowohl diplomatisch-politische Probleme als auch wirtschaftliche Konsequenzen nach sich zog. So wurden beispielsweise ostdeutsche Pässe international nicht anerkannt, was dazu führte, dass auch offizielle DDR-Staatsbeamte bis in die fünfziger Jahre hinein ihre Visa für Reisen zum Beispiel nach Dänemark beim *Combined Travel Board*, das von den amerikanischen Alliierten geführt wurde, beantragen mussten.

Ließ sich eine offizielle Anerkennung der DDR in dieser Phase nicht bewerkstelligen, so suchte man, über wirtschaftliche und kulturelle Kontakte eine de-facto-Anerkennung des Staates zu erreichen. Friis stellt, nachdem er die außenpolitische Situation der DDR geschildert hat, mehrere dieser Versuche ausführlicher dar: die Errichtung eines DDR-Handelsbüros in Kopenhagen, die Ostseewochen, die Tätigkeit des DDR-Geheimdienstes sowie des Militärischen Nachrichtendienstes der Nationalen Volksarmee in Dänemark.

Hierbei fasst das Buch Fakten zusammen, von denen man schon einmal gehört haben mag, die jedoch selten belegt werden konnten oder sich zu keinem Mosaik zusammenfügen ließen, das ein klar identifizierbares Bild ergab. Hinzu kommen zahlreiche Beispiele, die es ermöglichen, die einzelnen und scheinbar unabhängigen Ereignisse und Prozesse in ein Verhältnis zueinander zu setzen, wobei es manchmal durchaus überrascht, auf welch banale Fakten die DDR-Führung ihre Politik gründete. Auch wie wenig flexibel – intellektuell wie organisatorisch – der Staat gewesen sein muss, ohne dass ihn dies daran hinderte, zu agieren, als wäre alles geklärt und alles erwogen, was als Basis sämtlicher politischer Strategien dienen könnte. So kamen beispielsweise die Daten über das dänische Heer, mit denen die DDR operierte, fast ausschließlich aus offiziellen Quellen, die wiederum von dänischen Kommunisten ausgewertet wurden – nicht unbedingt den Personen, denen in der NATO das allgrößte Vertrauen entgegengebracht wurde. Auch die DDR-typischen politischen „Diskussionen“ auf den Ostseewochen verschreckten durch ihre Polemik und ihren Jargon selbst noch die skandinavischen Gäste, die sich im Vorfeld dieser Veranstaltungen nicht von deren eindeutig politischer Ausrichtung hatten abschrecken lassen; das Schlagwort von der Ostsee als einem „Meer des Friedens“ besaß angesichts der Aufrüstung der DDR und ihres zunehmenden Engagements im Warschauer Pakt ohnehin wenig Überzeugungskraft. Doch obwohl die DDR großen Wert auf das Wohlergehen ihrer skandinavischen Gäste legte und beispielsweise sämtliche Ausgaben der kommunistischen Delegationen aus Dänemark übernahm, war es ihr unmöglich, den Kreis der interessierten Skandinavier über die ohnehin wohlwollenden Gruppen hinaus auszudehnen. Ein Grund

für die mangelnde Anziehungskraft des jährlich wiederkehrenden Großereignisses auf die Nordeuropäer lag in der engen personalen Verzahnung von Partei- und Staatsführung mit dem Organisationskomitee, was der Attraktivität der Veranstaltungen nur abträglich war. Trotz des ausbleibenden Erfolgs wurden die Ostseewochen – dann jedoch sang- und klanglos – erst nach der internationalen Anerkennung der DDR eingestellt.

Um einiges erfolgreicher verlief die Strategie, dem Land eine de-facto-Anerkennung zu verschaffen, indem man in Kopenhagen (wie in Stockholm und in Helsinki, wenn dort auch unter etwas anderen Begleitumständen) über den Handel eine Position etablierte. Mächten zu „offiziell“, also nach staatlicher Vertretung klingende Namensgebungen der Einrichtung des Handelsbüros zu schaffen, so wurde es doch in manchen Bereichen als quasi-staatliche Vertretung behandelt; ihre Vertreter wurden zu manchen offiziellen Anlässen eingeladen etc. Trotzdem wurde jeder Versuch, den Handelskontext zu überschreiten, dänischerseits konsequent blockiert; so konnte die DDR gerade noch die Peinlichkeit vermeiden, ihre Einladung zum 10. Jahrestag der Staatsgründung offiziell abschlägig beantwortet zu bekommen.

Dänemark, das in der DDR als schwächstes Glied im Nordatlantik-Verband galt, wurde nichtsdestoweniger militärisch nicht ernstgenommen; vielmehr wurde es unter der Annahme, das Land sei im Konfliktfall nicht mehr als ein Aufmarschgebiet der Bundeswehr, ebenfalls zu einem Landeplatz der Warschauer-Pakt-Truppen degradiert – eine Rolle, die in Dänemark durchaus bekannt war, jedoch kaum geschätzt worden sein dürfte. Trotzdem mobilisierte die DDR sämtliche ihrer geheimdienstlichen Möglichkeiten, Informationen über das dänische Militär und die NATO zusammenzutragen; die Angst vor einer NATO-Aggression saß zu dieser Zeit weit tiefer, als der Laie vermuten mag – besonders eindrucksvoll ist hier ein von Friis ausführlich ausgewerteter Bericht des damaligen DDR-Verteidigungsministers Willi Stoph an den Präsidenten der DDR Walter Ulbricht von 1959.

Insgesamt ist es Friis gelungen, ein relativ komplexes Bild von den Bemühungen eines jungen Staates zu zeichnen, der versuchte, sich als demokratisch legitimiert und politisch eigenständig darzustellen und der sich zugleich inoffiziell bemühte, so viel administratives und logistisches Wissen über den Gegner zusammenzutragen, wie irgend möglich war, um dadurch den eigenen Stand und den der Verbündeten zu stärken.

Die Tatsache, dass viele Mitglieder der Partei- und Staatsführung der DDR persönliche Kontakte nach Skandinavien besaßen, weil sie dort während des Zweiten Weltkriegs Station gemacht oder gar im dänischen oder norwegischen Widerstand gekämpft hatten, schuf Sympathien und einen leichten Zugang in kommunistischen Kreisen (deren Politik man später auch direkt mitsteuerte), doch scheiterten alle Versuche, den Einfluss über diese hinaus auszudehnen, letztlich vor allem daran, dass man aufgrund seiner politischen Überzeugungen Andersdenkende nicht als gleichwertige Verhandlungspartner anerkennen durfte, wenn sie nicht ohnehin als Feinde betrachtet werden mussten: ein Dilemma, das die DDR bis zu ihrem Ende nicht wirklich zu lösen imstande war.

Das Buch arbeitet somit zum einen einen Abschnitt der deutsch-dänischen Geschichte auf, zum anderen erklärt Friis vor dem Hintergrund einer eingehenden Akteneinsicht einige der Unstimmigkeiten, die in der DDR-Außenpolitik jegliche Möglichkeit zur Flexibilität verhinderten, jedoch strukturell begründet und aufgrund der politischen Doktrin nicht vermeidbar oder zu beheben waren. Dies geschieht in einer weitgehend übersichtlichen Form, die auch dem Laien ermöglicht, sich aufgrund dieser Lektüre ein Bild von der Situation zu verschaffen und weitere Informationen und Fakten dieser Struktur zuzuordnen.

Eine Publikation in deutscher Sprache ist in Vorbereitung.

Claudia Beindorf